

Rede

von Harald Leibrecht, MdB

**in der Debatte zum
Antrag von Bündnis 90/ Grüne**

**„Die EU-Zentralasienstrategie mit Leben füllen“
(5 Minuten)**

am 29. März 2007

im Deutschen Bundestag

Anrede,

wir Liberale begrüßen grundsätzlich dass Zentralasien oben auf die Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gesetzt wurde.

Ich denke, wir sind uns einig, dass die momentane Sichtbarkeit der EU in der Region unzureichend ist. Die Problemfelder, die es anzugehen gilt, sind dagegen bekannt und zahlreich: die eklatante Menschenrechtslage, die fehlende Rechtsstaatlichkeit, Drogen- und Menschenhandel, Kriminalität, Armut, mangelnde regionale Kooperation, Probleme des Grenzmanagements, Umweltprobleme – um nur einige zu nennen.

Es ist in unserem eigenen Interesse, die fünf zentralasiatischen Staaten bei der Bewältigung dieser Probleme zu unterstützen. Denn nur in einer stabilen zentralasiatischen Region wird es uns möglich sein, gute, belastbare politische und wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen mit dieser für uns immer wichtiger werdenden Region. Auch muss unser Engagement in Afghanistan in diesem Zusammenhang gesehen werden. Ein Überschwappen religiösen Fundamentalismus und Terrorismus hätte verheerende Auswirkungen.

Gleichzeitig stehen wir in Zentralasien vor einer problematischen Lage: auf der einen Seite haben wir in dieser Region ganz konkrete sicherheitspolitische und energiepolitischen Interessen. Auf der anderen Seite haben wir es mit zum Teil totalitären politischen Systemen und einer desaströsen Menschenrechtsslage zu tun.

Der Grünen-Antrag gibt auf diese Problematik leider keine Antwort, sondern bleibt unkonkret. Er enthält gewiss viele wichtige Aspekte – jedoch auch nichts neues. Er unterscheidet sich in diesem Sinne kaum von den Vorstellungen der Bundesregierung.

Die fünf zentralasiatische Staaten – Kasachstan, Turkmenistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan – teilen zwar das post-sowjetische Erbe, unterscheiden sich aber ansonsten erheblich. Unterschiedliche Länder verlangen natürlich auch nach unterschiedlichen Ansätzen. Daher darf es auch nicht ausschließlich bei einem regionalen Ansatz bleiben, den die EU in der Vergangenheit verfolgt hat.

Kasachstan und Turkmenistan verzeichnen erhebliche Einnahmen aufgrund ihres Reichtums an Energierohstoffen. Kasachstan ist gerade dabei, sich der Baku-Tbilisi-Ceyhan-Pipeline anzuschließen, durch die Öl aus dem kaspischen Raum über den Kaukasus an das türkische Mittelmeer transportiert wird. Das Land erhofft sich ihre Gesamtproduktion bis 2015 auf 150 Millionen Tonnen zu erhöhen und damit zu den weltweit führenden Ölproduzenten aufzusteigen. Die Signifikanz Kasachstans und auch Turkmenistans mit seinen enormen Gasvorkommen ist so für die künftige europäische Energiepolitik und –sicherheit nicht zu unterschätzen.

Nichtsdestotrotz darf der regionale Ansatz nicht gänzlich aufgegeben werden. Viele der Probleme in der Region können nur in Zusammenarbeit mit allen Staaten gelöst werden.

Leider war in den letzten Jahren die Bereitschaft der zentralasiatischen Staaten zu regionaler Kooperation sehr eingeschränkt. Es gibt derzeit keine auf die fünf zentralasiatischen Staaten beschränkte Regionalorganisation mehr. Es ist zu hoffen, dass die Isolationspolitik Turkmenistans

nach dem Tod des Turkmenbaschi ein Ende hat. Usbekistans Zollbarrieren und Verminung der Grenzabschnitte zu seinen Nachbarn sind auch nicht das was man als vertrauensbildende Maßnahmen bezeichnen würde.

Hinzukommen insgesamt stark personalisierten Machtstrukturen, die ein Hemmschuh für regionale Integration sind.

Einige der EU-Projekte sind in der Vergangenheit in der Region durchaus positiv aufgenommen worden, wie z.B. die kürzlich zusammengelegten Programme für Grenzmanagement und Bekämpfung von Drogentransit durch Zentralasien.

Deutschland und Europa müssen diese regionalen Projekte weiter fördern und auch Kooperationen wie die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SCO) neu bewerten. Nicht zu Unrecht hatte der Westen die SCO in der Vergangenheit als inhaltslose Integrationsblase betrachtet. Europa darf die Entwicklungen der letzten Jahren aber nicht verschlafen und Zentralasien Russland und China überlassen, die jetzt schon in den Bereichen Energie und Sicherheit enger zusammenarbeiten.

Einen letzten Aspekt möchte ich nennen, der mir sowohl bei den Grünen als auch bei der Bundesregierung fehlt: die wichtige Rolle, die die auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik bei der europäischen Zentralasienstrategie spielen kann. Gerade auf zivilgesellschaftlicher Ebene, gerade im Umgang mit Ländern wo sich die Beziehung auf staatlicher Ebene nicht gerade problemlos und durch offene Kommunikation auszeichnet, ist das Instrument der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik von unschätzbarem Wert.

Auf meiner Reise durch Zentralasien vergangenen November habe ich in den Gesprächen, gerade in Turkmenistan, erlebt, wie groß das Misstrauen und wie klein die Bereitschaft des Entgegenkommens ist. Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik kann hier ein guter Zugang sein und muß in der Tat als eine der tragenden Säulen der deutschen Außenpolitik gesehen werden.

Vielen Dank.